

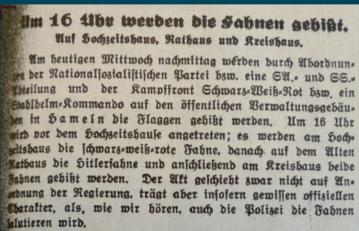


Demonstration der NSDAP und einer großen Menschenmenge vor dem Hochzeitshaus, damals als Sitz der Stadtverwaltung

Stadtarchiv Hameln

8. März 1933 – Flaggenhissung auf dem Hochzeitshaus

1. April 1933 – Boycott gegen jüdische Geschäfte



Dewezet vom 8. März 1933



Bericht der Dewezet vom 9. März 1933

Bei den Reichstags-Wahlen am 5. März 1933 erreichte die NSDAP 46,2 Prozent in Hameln. Angesichts der Tatsache, dass die SA beim Wahlkampf unangefochten die Straße beherrscht hatte, war das enttäuschend wenig.

Aber umso lauter feierte die NSDAP ihren „Triumph“ und besetzte die Osterstraße vor dem Hochzeitshaus, das damals die Verwaltungsspitze der Stadt beherbergte. Noch saß dort mit Oberbürgermeister Scharnow ein Bürgerlicher, ein Mitglied der konservativen Deutschen Volkspartei, und auch die Verwaltung war noch die alte. Lautstark forderte sie die Entlassung Scharnows und hisste auf dem Hochzeitshaus die Hakenkreuzfahne.

Mit recht vagen Worten kündigte die Dewezet die illegale Fahnenhissung an:

„Der Akt geschieht zwar nicht auf Anordnung der Regierung, trägt aber insofern gewissen offiziellen Charakter, als, wie wir hören, auch die Polizei die Fahnen salutieren wird.“

Mit der Demonstration vor dem Hochzeitshaus und Flaggenhissung wollte die NSDAP ihre Forderung nach einer sofortigen Übernahme der Macht auch in der städtischen Verwaltung unterstreichen.

Der Bericht der Dewezet über die Veranstaltung vermeidet jede Kritik an der Veranstaltung:

„Gestern nachmittag fand die Hissung der Fahnen der nationalen Front auf den öffentlichen Gebäuden in Hameln statt. Pünktlich um 16 Uhr rückten SA- und SS.-Abteilungen und eine Gruppe der Hitlerjugend unter Führung der SA.-Standartenkapelle vor dem Hochzeitshaus auf, wo die Polizei-Mannschaft Aufstellung genommen hatte und eine große Menschenmenge zusammengeströmt war.

... bei den Klängen des Präsentiermarsches gingen an den Masten des Hochzeitshauses die Fahnen hoch, in der Mitte die Farben Schwarz-Weiß-Rot, rechts die Hitlerfahne, links die preußische (= schwarz-weiß).“

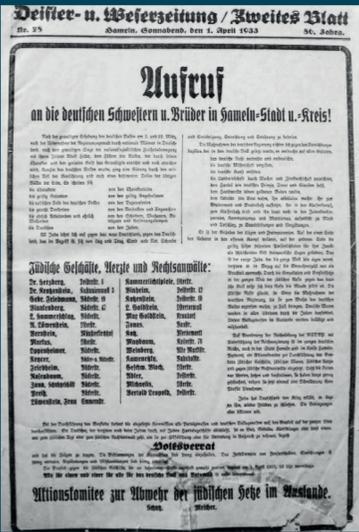
Was rechtfertigt eigentlich die Anwesenheit einer Abordnung der Polizei bei einer derartigen Parteiveranstaltung, die ungesetzlichen Druck auf den gewählten Oberbürgermeister und auf die Stadtverwaltung ausüben will? Auch hier ließ sich die Hamelner Polizei vom neuen Regime instrumentalisieren.

1. April 1933: Boycott der jüdischen Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte

Der Boycott der jüdischen Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte am 1. April 1933 sollte dem brutalen Antisemitismus insbesondere der SA Genugtuung verschaffen. Die Anschläge auf jüdische Einrichtungen zogen sich in Hameln über mehrere Wochen hin, hatten den Charakter eines Pogroms und fielen besonders grausam aus.

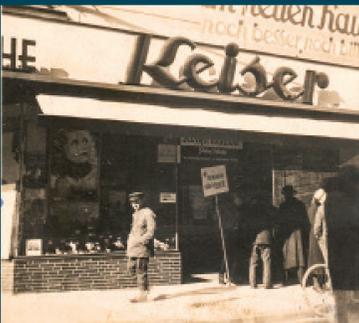
Das Vorgehen gegen die jüdischen Geschäfte fand in aller Öffentlichkeit statt. Es ist kein Fall bezugt, dass die Polizei angesichts der ungesetzlichen Boykotte der SA und NSDAP eingegriffen hätte. Sie schaute weg, wie auch die Hamelner Bürger zu allermeist wegschauten.

Die Folge der Boykotte war, dass die meisten jüdischen Geschäfte, Arzt- und Rechtsanwaltspraxen binnen Jahresfrist aufgegeben werden mussten.



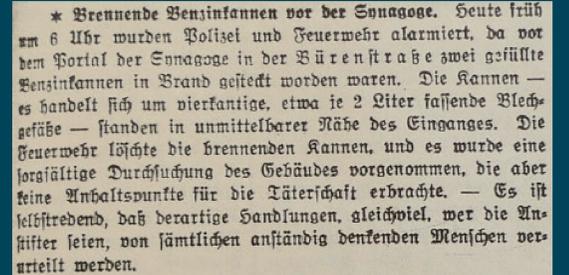
Der Boykottaufruf

Anzeige in der Dewezet vom 1. April 1933



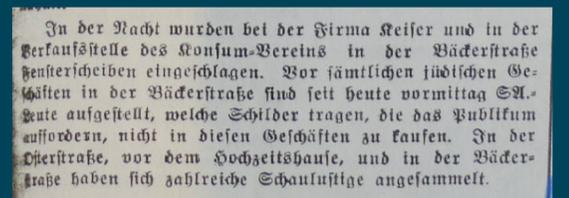
SA-Mann mit Schild vor einem jüdischen Schuhgeschäft am Markt

Sammlung Gelderblom



Brandanschlag auf die Synagoge

Dewezet vom 6. März 1933



Vorgehen gegen jüdische Geschäfte und den Konsum am 12. März 1933

Dewezet vom 13. März 1933



Vorgehen gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933

Dewezet vom 3. April 1933